

**Landkreis Ebersberg**

**14. Wahlperiode 2014-2020/ULV/23. ULV-Ausschuss**



**Protokoll**

**23. Sitzung des ULV-Ausschusses mit öffentlichem und nichtöffentlichem Teil  
am Dienstag, 19.03.2019 im Hermann-Beham-Saal**

Beginn: 15:00 Uhr

Ende: 18:45 Uhr

Vorsitzender: Robert Niedergesäß  
Schriftführerin: Gabriele Huber

**Anwesend sind:**

**CSU-FDP-Fraktion**

Föstl, Magdalena	abwesend ab 18:20 Uhr
Hilger, Franziska	
Lechner, Martin	abwesend ab 17:00 Uhr
Müller, Alexander	anwesend ab 17:00 Uhr
Riedl, Johann	
Schmidt, Arnold	
Vodermair, Manfred	abwesend ab 18:43 Uhr

**SPD-Fraktion**

Bittner, Ursula	abwesend ab 18:26 Uhr
Glaser, Renate, Dr.	anwesend ab 15:19 Uhr, abwesend ab 18:20 Uhr
Poschenrieder, Bianka	anwesend ab 15:08 Uhr

**GRÜNE-Fraktion**

Ackstaller, Ilke  
Goldner, Philipp

**Freie Wähler-Fraktion**

Maurer, Ludwig	abwesend ab 18:20 Uhr
Ossenstetter, Simon	

**AG AfD-BP-ödp-parteilos**

Theurich, Hagen

**Abwesend sind:**

---

Robert Niedergesäß  
Vorsitzender

---

Gabriele Huber  
Schriftführerin

## **Inhalt:**

### **Öffentlicher Teil**

- TOP 1 Feststellung der Beschlussfähigkeit und Einwände zur Niederschrift der vorausgehenden Sitzung
- TOP 2 Bürgerinnen und Bürger fragen
- TOP 3 Haushalt 2018; Bericht über das Jahresergebnis 2018  
Vorlage: 2018/3268
- TOP 4 Regionalmanagement; Zwischenbericht BAUM Consult  
Vorlage: 2019/3382
- TOP 5 Radschnellverbindung (RSV) München - Kirchheim - Markt Schwaben  
Vorlage: 2019/3381
- TOP 6 Fahrradfreundlicher Landkreis;  
a) Bericht aus dem Lenkungskreis "Fahrradfreundlicher Landkreis" vom 12.11.2018 und 30.01.2019  
b) Durchführung einzelner Projekte  
c) Stelle "Grundstücksbeschaffung"  
Vorlage: 2018/3272/1
- TOP 7 Radweg Grafing Bahnhof - Moosach - Glonn; Umstufung der ST 2351 zur Kreisstraße  
Vorlage: 2018/3218
- TOP 8 Energiewende 2030; Aktuelles aus der Energieagentur und vom Klimaschutzmanager  
Vorlage: 2019/3391
- TOP 9 Autobahnkreuz München-Ost (A99-A94), Verlegung der EBE 4 und Ortsumfahrungen Weißenfeld/Parsdorf;  
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 09.12.2018  
Vorlage: 2018/3327
- TOP 10 Online-Petition "Hände weg vom Landschaftsschutzgebiet Ebersberger Forst"  
Vorlage: 2018/3260/1
- TOP 11 Entsorgungszentrum Schafweide - Errichtung eines Carports mit PV-Anlage - Aufhebung des Sperrvermerkes  
Vorlage: 2019/3385
- TOP 12 Bekanntgabe von Eilentscheidungen
- TOP 13 Informationen und Bekanntgaben
- TOP 13.1 Mitteilung über den Exkursionstermin
- TOP 13.2 Bitte und Anfrage der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 08.02.2019 zum Thema "Tiertransporte in außereuropäische Drittstaaten in Asien, im Nahen Osten und Nordafrika"
- TOP 13.3 Info zur Anfrage von KRin Bianka Poschenrieder zu 'Entsorgungswege von Leichtverpackungen (LVP)'
- TOP 13.4 Dezentrale Kompostierung - Wissenschaftliche Begleitung; Sachstand und Ablauf
- TOP 13.5 Stand der noch offenen Abnahmen Deponie Schafweide durch ROB gemäß vorliegenden Bescheiden
- TOP 14 Bekanntgabe aus nichtöffentlicher Sitzung
- TOP 15 Anfrage KR Alexander Müller zum Sachstand des Gehsteiges an der EBE 15 im Stadtteil Antholling/Gemeinde Baiern

## Öffentlicher Teil

TOP 1	Feststellung der Beschlussfähigkeit und Einwände zur Niederschrift der vorausgehenden Sitzung
-------	---

Der Landrat eröffnet die Sitzung und verweist auf die Anschlussveranstaltung um 19:00 Uhr ‚Bürgerdialog‘ mit Vertretern des MVV und der S-Bahn im ehemaligen Sparkassensaal im Verwaltungsgebäude an der Kolpingstraße.

Er stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

Zur Niederschrift der 22. Sitzung des ULV-Ausschusses am 28.11.2018 gibt es keinen Einwand. Sie gilt somit als genehmigt.

TOP 2	Bürgerinnen und Bürger fragen
-------	-------------------------------

keine

TOP 3	Haushalt 2018; Bericht über das Jahresergebnis 2018
-------	---

2018/3268

Sachvortragende(r): Simone Riedl, stellvertretende SG-Leitung 14, Finanzen und Beteiligungen

Frau Riedl erläutert den Sachverhalt anhand einer Präsentation (Anlage 1 zum Protokoll).

Auf Nachfrage von KR Martin Lechner, ob der Landkreis eine Chance habe, einen Teil des Defizites, das dem Landkreis aufgrund der Staatsaufgaben entstehe, vom Freistaat erstattet zu bekommen, verneint dies Brigitte Keller, Finanzmanagerin und Abteilungsleitung 1.

Frau Keller erklärt, dass die Schwierigkeit an der Vielschichtigkeit der Erstattungen des Freistaates liege. Der Bayerische Landkreistag habe es geschafft, dass mit dem Freistaat seit diesem Jahr über dieses Thema diskutiert werde. Es müsse jetzt abgewartet werden, was der Freistaat mache. Ein großer Schritt sei durch die Transparenz erfolgt. Das Thema sei sehr aktuell, da die Staatsaufgaben im Landkreis zunehmen würden.

Der Landrat fügt ergänzend hinzu, dass der Bayerische Landkreistag letztes Jahr diese Forderung aufgestellt habe. Dieses Jahr schaffe der Freistaat 70 neue Stellen, was bedeute, dass fast jedes Landratsamt eine neue Stelle erhalte. Die nächsten vier Jahre werde es jeweils 70 Stellen geben, vorbehaltlich der Finanzierung. Der Bayerische Landkreistag bleibe im engen Dialog mit dem Freistaat.

Auf Nachfrage von KRin Ursula Bittner zu den hoch angesetzten Investitionen, die nie ganz erfüllt würden, erklärt Frau Keller, dass der Grunderwerb beim Straßenbau das Problem sei. Der Landrat und sie seien an diesem Thema dran. Die Investitionspauschale des Freistaates Bayern in Höhe von 1,6 Mio. € müsse als Investition zugeordnet werden. Dies werde nun seit zwei Jahren so gebucht.

KRin Ilke Ackstaller merkt an, dass es u.a. an der Bezahlung liege, dass man kein Personal für staatliche Aufgaben bekomme - denn die Bezahlung vom Land Bayern und den Gemeinden falle unterschiedlich aus. Sie merkt an, dass wenn der Landkreis eine Stelle habe, die sich nur um Grunderwerb kümmere, sich hier etwas verbessern müsse.

Nachdem es keine weitere Wortmeldung gibt, stellt der Landrat den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

**Der ULV-Ausschuss fasst folgenden Beschluss:**

**Dem Kreis- und Strategiausschuss wird folgender Beschluss vorgeschlagen:**

**Dem Kreistag wird folgender Beschluss vorgeschlagen:**

**Die überplanmäßigen Ausgaben auf der Kostenstelle 420 Bauamt in Höhe von 268.014 € werden genehmigt.**



**einstimmig angenommen**

Ja 15  
Nein 0

**TOP 4 Regionalmanagement; Zwischenbericht BAUM Consult**

2019/3382 WR  
Vorberatung ULV-Ausschuss am 26.09.2018, TOP 08 ö  
Sachvortragende(r): Augustinus Meusel, SG-Leitung Wirtschaftsförderung und Regionalmanagement  
Ludwig Karg, B.A.U.M. Consult GmbH

Herr Karg und Herr Meusel erläutern den Sachverhalt anhand einer Präsentation (Anlage 2 zum Protokoll).

Folgende Punkte werden im Zwischenbericht 2018/2019 angesprochen:

- 1) Energiewende 2030
- 2) Zukunft der Mobilität
  - Modellregion Carsharing
  - MobiRat
  - Betriebliches Mobilitätsmanagement
  - Projekt MELINDA
- 3) Nachhaltige Landwirtschaft
- 4) Tourismus
- 5) Digitalisierung
- 6) Strategie und Vernetzung
  - Schwerpunkt Weiterentwicklung Aktionsprogramm EBE 2030
- 7) Übersicht Gesamtplan 2019

Herr Karg und Herr Meusel verweisen auf das ausliegende gedruckte Aktionsprogramm, das auch mitgenommen werden dürfe.

Der Landrat teilt mit, dass Teilnehmer des Tourismus Oberbayern München e.V. (TOM) positive Rückmeldung zum Workshop am 20.02.2019 gegeben haben. Ein Ergebnis daraus war, dass evtl. eine Co-Finanzierung einer Stelle zur Tourismusförderung über eine Tourismusabgabe angestrebt werde, wie bei der Stadt Grafing. Empfehlungen hierzu kommen noch.

Der Landrat bedankt sich bei allen Beteiligten, insbesondere beim anwesenden Herrn Mayerl sowie den KollegenInnen aus dem Landratsamt, für die kompakte Aufbereitung und Begleitung beim Aktionsprogramm.

Auf Nachfrage von KRin Dr. Renate Glaser, wie konkret bei MELINDA die Zusammenarbeit mit der Energieagentur aussehe, erklärt Herr Karg, dass die Zusammenarbeit dort stattfindet, wo es um den Landkreis gehe. Die Firma B.A.U.M arbeite mit Philipp Rinne von der Energieagentur eng zusammen.

KR Martin Lechner erkundigt sich, wie das Aktionsprogramm verteilt werde. Ihm sei wichtig, dass Schulen und Lehrer gewonnen werden könnten, um damit mit ihren Schülern zu arbeiten; denn es gebe kaum Broschüren, die darüber informieren, was der Landkreis mache.

Herr Meusel erklärt, dass das Kreisschulforum im Landratsamt zusammenkomme und es dort vorgestellt werde, auch mit der Bitte, es zu verbreiten. Über ‚Agora‘ werde das Aktionsprogramm öffentlichkeitswirksam digital vorgestellt. Vorab werde es noch einen ausführlichen Pressetermin geben.

KR Philipp Goldner regt an bzw. bittet die Energieagentur, Themen, die dem Lehrplan entsprechen, im Aktionsprogramm anzukreuzen, um dadurch von den Lehrkräften besser eingesetzt zu werden.

Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen gibt, bittet der Landrat um Kenntnisnahme des Berichts.

### **Der ULV-Ausschuss hat den Zwischenbericht BAUM-Consult zur Kenntnis genommen.**

TOP 5	Radschnellverbindung (RSV) München - Kirchheim - Markt Schwaben
-------	---

2019/3381	WR
Vorberatung	ULV-Ausschuss am 30.09.2015, TOP 9 ö
Sachvortragende(r):	Augustinus Meusel, SG-Leitung Regionalmanagement und Wirtschaftsförderung Lena Erler, Planungsbüro VIA eG Köln

Der Landrat begrüßt Frau Erler und übergibt das Wort an Herrn Meusel, der kurz in den Sachverhalt einführt und erklärt, dass die Voraussetzung für die Förderbarkeit von Planung und Bau eines Radschnellweges eine Machbarkeitsstudie sei. Die voraussichtlichen Kosten dafür betragen ca. 25.000 €, die im Haushalt 2019 nicht enthalten seien.

Frau Erler stellt in einer Präsentation (Anlage 3 zum Protokoll) das Planungsbüro, die Radschnellverbindungen, den Projektablauf sowie die Kalkulation<sup>1</sup> vor.

Der Landrat erklärt, das Projekt sei zuschussfähig und wenn der Landkreis es mit den Fernradwegen ernst meine, sollten wir uns den Projekten anschließen.

<sup>1</sup> Frau Erler hat die Verwaltung gebeten, vor Veröffentlichung des Protokolls aus der Präsentation die Folie mit der Kalkulation zu entfernen; Anmerkung der Schriftführerin.

KRin Franziska Hilger teilt mit, dass die CSU-FDP Kreistagsfraktion sich für die Machbarkeitsstudie ausspreche. Sie erkundigt sich,

- a) wie die Erfahrungen in Richtung Garching seien,
- b) ob dort die 2.000 Radfahrer gezählt würden,
- c) ob die Zubringermöglichkeiten von Poing / Pliening untersucht würden und
- d) ob es sinnvoll sei, diese mit zu berücksichtigen.

Frau Erler erklärt, im Moment sei die Machbarkeitsstudie fertig, aber der Radweg noch nicht gebaut. In der Innenstadt von München seien es jetzt schon über 3.000 Radfahrer.

KRin Bianka Poschenrieder erkundigt sich,

- a) was ein km Radschnellweg koste,
- b) wie hoch die Fördergelder seien und
- c) wie die Zeitschiene (Jahre) aussehe.

Frau Erler erklärt, dass das Ganze einen Aufschwung erhält. Die Förderbedingung sei positiv geändert worden. Der Bund fördere in Höhe von 70 % der tatsächlichen Bau- und Planungskosten. Die Fördergelder werden nach einem bestimmten Satz auf die Bundesländer verteilt. Die Kosten pro km Radweg liegen bei 0,5 – 2 Mio. €, abhängig davon, welche Maßnahmen umgesetzt werden, z. B. ob aufwändige Brückenbauten notwendig seien.

Herr Meusel fügt ergänzend hinzu, dass vorhandene Radwege ertüchtigt und erweitert werden, daher bleibe es mehr im unteren Kostenrahmen. Es handele sich um ca. 10 km von der Landkreisgrenze bis Markt Schwaben.

KRin Dr. Renate Glaser weist auf die Schwierigkeit beim Grundstückserwerb hin und erkundigt sich, ob dies bei der Studie berücksichtigt werde.

Frau Elser erklärt, dass es noch keine Umsetzung gebe. Die Eigentumsverhältnisse werden berücksichtigt. Sie kümmert sich aber nicht um die Grundstücksverhandlungen.

KR Philipp Goldner bezweifelt, dass es einen Radschnellweg Pliening-Landsham bzw. eine Studie brauche. Die Studie höre in Kirchheim auf, wo von höherem Aufkommen gesprochen werden könne. Im Landkreis sei der Feind des Radfahrers der Autofahrer. Ihm gehe es nicht um neue, sondern um die Verknüpfung der bestehenden Radwege und er meine, dass dies im Landratsamt geleistet werden könne. Er fürchte, dass es bei den Radschnellwegen wie bei dem Projekt im Ruhrgebiet ablaufen könnte, bei dem seit 10 Jahren 100 km geplant werden und jetzt erst 10 km fertig gestellt wurden.

Der Landrat spricht sich für die Teilnahme an der Machbarkeitsstudie aus, denn nur so könne bewertet werden, ob die Radschnellverbindung überhaupt Sinn mache.

Entsprechend dem Diskussionsverlauf formuliert der Landrat einen Beschlussvorschlag und stellt ihn zur Abstimmung.

**Der ULV-Ausschuss fasst folgenden Beschluss:**

**Der Landkreis Ebersberg beteiligt sich an der Machbarkeitsstudie der Radschnellverbindung München –Kirchheim – Markt Schwaben mit Kosten von ca. 25.000 Euro. Die Maßnahme führt zu überplanmäßigen Ausgaben.**



**angenommen**

Ja 14

Nein 1

TOP 6	Fahrradfreundlicher Landkreis; a) Bericht aus dem Lenkungskreis "Fahrradfreundlicher Landkreis" vom 12.11.2018 und 30.01.2019 b) Durchführung einzelner Projekte c) Stelle "Grundstücksbeschaffung"
-------	--

2018/3272/1

Vorberatung

ULV-Ausschuss am 07.06.2018, TOP 06 ö

ULV-Ausschuss am 28.11.2018, TOP 07 ö

Sachvortragende(r):

Johannes Dirscherl, SG-Leitung 16, Kreisstraßen und Abfallwirtschaft

Der Landrat begrüßt Herrn Dirscherl sowie Frau Margrita Schwanke-Berner, SG-Leitung 12, Personalservice.

Herr Dirscherl berichtet aus dem Lenkungskreis Radwegeplanung sowie über die Schwierigkeiten beim Grundstückserwerb zur EBE 8. Die nächste Sitzung des Lenkungskreises ist im November terminiert.

Brigitte Keller, Finanzmanagerin und Abteilungsleitung 1 verweist auf die mit der Sitzungsvorlage versandte ‚Radwegeplanung 2030‘ (Anlage 4 zum Protokoll).

Der Landrat erklärt, dieses ‚Papier‘ werde ständig weiterentwickelt, indem die entsprechend aktualisierten Blätter eingearbeitet werden.

Frau Keller erklärt, dass es zur ‚Grunderwerbstelle‘ zwei Optionen gebe:

a) die Anregung aus dem Ausschuss ‚Outsourcing‘ oder

b) mit eigenem Personal zu besetzen.

Die Verwaltung sei zu dem Ergebnis gekommen, diese Stelle mit eigenem Personal zu besetzen.

Der Landrat eröffnet die Beratung:

KR Philipp Goldner regt an, das Kreisstraßenprogramm um Radwege zu erweitern. Er spricht sich dafür aus, die koordinierende Stelle zu übernehmen, obwohl es eine an die Bauämter angegliederte Stelle sein müsste. Er spricht dem Landkreis ein großes Lob aus, dass er die Kosten für diese Stelle übernimmt. Zur ‚Radwegeplanung 2030‘ habe er eine Ergänzung zur ST 2081 Oberpframmern-Zorneding, es sei nur ein Teil der Strecke a+, der andere müsste unter c gesetzt werden.

Frau Keller sichert zu, dies zu differenzieren bzw. zu ergänzen.

Er erklärt weiter zum Streckenabschnitt Schwaberwegen und Anzing, dass die Radschutzstreifen von dieser Westumfahrung erstmals ausreichen würden; in der Tabelle sei dies unklar.

Frau Keller erklärt, dass es so im Protokoll des Lenkungskreises stehe. Sie werde außerdem in der ‚Radwegeplanung 2030‘ statt ‚Vorwort‘ ‚Inhaltsverzeichnis‘ schreiben.

KRin Ilke Ackstaller spricht den schwierigen Grundstückserwerb an und dass trotz Priorität, die Maßnahmen nicht unbedingt als nächstes durchgeführt werden können.

Frau Keller erklärt, dass sie bei den geplanten Radwegen, die über Gemeindegrundstücke laufen, keine Bedenken habe, da die Bürgermeister hier engagiert mitarbeiten.

Nachdem es keine weitere Wortmeldung gibt, stellt der Landrat den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

**Der ULV-Ausschuss fasst folgenden Beschluss:**

- 1. Den Straßenbaulastträgern im Landkreis Ebersberg (Gemeinden, Freistaat Bayern, Bund) wird empfohlen, bei Baumaßnahmen immer auch die Errichtung von Radwegen zu prüfen und zu verfolgen.**
- 2. Die dargestellten Maßnahmen der Prioritäten A+ und A werden vorrangig verfolgt und vom Landratsamt aktiv begleitet.**
- 3. Im Landratsamt wird eine Grunderwerbsstelle eingerichtet.**



**einstimmig angenommen**

Ja 15  
Nein 0

TOP 7	Radweg Grafing Bahnhof - Moosach - Glonn; Umstufung der ST 2351 zur Kreisstraße
-------	--

2018/3218  
Vorberatung

16/Straßen/Radweg/Gfg-Bhf-Glonn  
ULV-Ausschuss am 18.07.2017, TOP 05  
ULV-Ausschuss am 06.03.2017, TOP 07  
ULV-Ausschuss am 19.06.2018, TOP 07

Der Landrat begrüßt Johannes Dirscherl, SG-Leitung 16, Kreisstraßen und Abfallwirtschaft sowie Matthias Kreuz, Staatliches Bauamt Rosenheim und führt in den Sachverhalt ein.

Es gebe verschiedene Planungsvarianten. Der Landkreis sei in Kontakt mit dem Naturschutz, es zeichnen sich Varianten ab. Die Staatsstraße zu tauschen wurde jetzt präzisiert. Er sehe den Tausch als Voraussetzung für einen Radweg. Einen straßenbegleitenden Radweg zu bauen, sei der Freistaat nicht bereit. Er sei der Meinung, dass wir den Tausch jetzt angehen sollten, um die Radwegeplanung jetzt konkreter voranzubringen.

Der Landrat verweist auf die Pläne an der Pinnwand, die aufgrund der Größe nicht am Beamer gezeigt werden können.



Der Abschnitt Grafing-Bhf. – Grafing Marktplatz könne sofort als Gemeindeverbindungsstraße abgestuft werden. Die Stadt Grafing habe erklärt, dass sie an diesem Abschnitt kein Interesse habe.

Herr Dirscherl fügt ergänzend hinzu, dass der Landkreis Baulastträger sei und es könne parallel zur Straße von Grafing-Bahnhof bis nach Taglaching ein Radweg gebaut werden.

Herr Kreuz erklärt, dass diese Straße weit unterbelastet für eine Staats- und auch Kreisstraße sei. Vor diesem Hintergrund mache diese Umstufung möglichst zeitnah Sinn (01.01.2020). Es seien noch ein paar Hausaufgaben zu machen. Erhaltungsrückstände habe sie nicht, aber es müssen noch ein paar Bauwerke geprüft werden. Dies müsse noch besprochen und dann könne die Vereinbarung unterschrieben werden.

Der Landrat erkundigt sich nach dem Zustand des Abschnittes von Grafing-Bahnhof bis Grafing Innenstadt.

Herr Kreuz erklärt, der ganze Abschnitt solle erst zur Kreisstraße umgestuft werden, um ein geschlossenes Netz zu haben. Fachlich könnte der Abschnitt sofort zur Gemeindestraße abgestuft werden. Das Netz muss immer geschlossen sein.

Frau Keller erklärt, dass der Straßenzustand nicht gut sei.

Herr Kreuz teilt mit, dass das Straßenbauamt die Straße bis zum Ortseingang Grafing saniert habe. Für die Strecke bis zum Marktplatz müsse eine gemeinsame Begehung stattfinden, bei der der rückständige Unterhalt ermittelt werde. An Hand einschlägiger Tabellen würden dann die erforderlichen Ausgleichszahlungen ermittelt.

KR Philipp Goldner erkundigt sich zu Punkt 1 des Beschlussvorschlages (Der Landkreis stimmt der Abgabe der derzeitigen EBE 13 zwischen Grafing und Glonn mit der Maßgabe zu, dass der Radweg von der Abzweigung der EBE 15 bis Zinneberg / Ortseingang Glonn noch errichtet wird.), ob der Freistaat dies mittrage, erklärt Frau Keller, dass dies schneller eine Staatsstraße werde, als wir den Radweg umsetzen können. Wegen der großen Steigung am Zinneberger Berg sollen Radfahrer aus Sicherheitsgründen bergab auf der Straße fahren und den Radweg nur bergauf benutzen dürfen.

Frau Keller merkt an, sobald wir die Höhe der Ausgleichszahlungen wissen, werde der Punkt erneut dem ULV-Ausschuss vorgelegt.

Auf Anmerkung von KRin Dr. Renate Glaser bei Punkt 3 des Beschlussvorschlages erklärt Frau Keller, dass der 2. Halbsatz des Beschlussvorschlages [Der Abschnitt 3 (EBE 8 - Marktplatz Grafing) könnte direkt zur Gemeindestraße abgestuft werden.] auch weggelassen werden könnte. KRin Dr. Renate Glaser erwidert, dass der Satz bleiben soll.

Nachdem es keine weitere Wortmeldung gibt, stellt der Landrat den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

#### **Der ULV-Ausschuss fasst folgenden Beschluss:**

- 1. Der Landkreis stimmt der Abgabe der derzeitigen EBE 13 zwischen Grafing und Glonn mit der Maßgabe zu, dass der Radweg von der Abzweigung der EBE 15 (nach Hermannsdorf) über Zinneberg bis Ortseingang Glonn noch errichtet wird.**
- 2. Der Landkreis stimmt der Übernahme der derzeitigen Staatsstraße St 2351 in das Kreisstraßennetz zu.**
- 3. Mit den Gemeinden ist darüber zu verhandeln, ob und wann welche Straßenteilstücke zu Gemeindestraßen abgestuft werden. Der Abschnitt 3 (EBE 8**

**Grafring Bahnhof bis Marktplatz Grafring) könnte direkt zur Gemeindestraße abgestuft werden.**



**einstimmig angenommen**

Ja 15  
Nein 0

Nach Beschlussfassung geht KR Martin Lechner und KR Alexander Müller nimmt seinen Platz ein.

TOP 8	Energiewende 2030; Aktuelles aus der Energieagentur und vom Klimaschutzmanager
-------	---

2019/3391

Sachvortragende(r): Hans Gröbmayer, Klimaschutzmanager

Hans Gröbmayer erläutert Aktuelles aus der Energieagentur und vom Klimaschutzmanager anhand einer Präsentation (Anlagen 5 zum Protokoll).

Der Landrat bedankt sich bei Herrn Gröbmayer und dessen kompetente MitarbeiterInnen sowie dem Kreistag, denn nur gemeinsam könne die Energiewende erreicht werden.

Der Landrat bittet den Bericht zur Kenntnis zu nehmen.

**Der ULV-Ausschuss nimmt den Bericht des Klimaschutzmanagers zur Kenntnis.**

TOP 9	Autobahnkreuz München-Ost (A99-A94), Verlegung der EBE 4 und Ortsumfahrungen Weißenfeld/Parsdorf; Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 09.12.2018
-------	---

2018/3327

Vorberatung ULV-Ausschuss am 19.07.2018, TOP 04

Sachvortragende(r): Johannes Dirscherl, SG-Leitung 16, Kreisstraßen und Abfallwirtschaft

Der Landrat begrüßt Frau Masur und Herrn Witt von der Autobahndirektion Südbayern sowie Herrn Gasteiger vom Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Ebersberg.

Herr Dirscherl führt in den Sachverhalt ein und stellt die Vorplanungen und Überlegungen vor.

Herr Witt erläutert den aktuellen Sachstand (A99 Autobahnring München / AK München-Nord - AK München-Süd) anhand einer Präsentation (Anlage 6 zum Protokoll).

Der Landrat erkundigt sich, ob eine weitere Variante in die Planungen berücksichtigt werden könnte, die die EBE 4 in der jetzigen Trasse weiterführe, um nicht weitere Landschaft zu zerschneiden.

Herr Witt erklärt, dass die Autobahndirektion keine Planung gegen den Landkreis führen werde, auch nicht versuchen werde, eine solche durchzusetzen. Er will nur die verkehrlichen Vorteile (Verlegung der EBE 4) dem Gremium zur Diskussion vorstellen, denn die Knotenpunkte können nicht mehr die Leistung erfüllen.

Der Landrat übergibt Herrn Gasteiger das Wort, der anhand von Plänen<sup>2</sup> die Grundstücksverhältnisse von drei landwirtschaftlichen Betrieben darlegt und welche Auswirkungen die Verlegung der EBE 4 für die landwirtschaftlichen Betriebe habe:

Existenzgefährdung (Pensionspferde, Hofstelle schwer erreichbar)

Zerschneidung von landwirtschaftlichen Flächen

Flächenverluste  
(Überbauung, Ausgleichsflächen)

KR und Antragssteller Philipp Goldner bedankt sich, dass dem Antrag Folge geleistet wurde und die Belange der Landwirte berücksichtigt werden.

Auf Nachfragen von KR Philipp Goldner zu verschiedenen Varianten (neues Überführungsbauwerk, Südumfahrung mit Bauwerk und minimalen statt maximalen Flächenverbrauch) erklärt Herr Witt, dass er ohne Planung nichts sagen könne, die Autobahndirektion richte sich grundsätzlich nach kommunalen Planungen.

Der Landrat beendet die Diskussion und erläutert zu den Planungen:

Wenn wir die Ost/West Variante aufmachen würden, würden wir das andere wieder zurückführen. Weißenfeld werde mit 80 % und Parsdorf mit 50 % spürbar entlastet. Es gebe Beschlüsse der Gemeinde und ein Planfeststellungsverfahren. Man habe auch versucht, zum Teil an die Grundstücksgrenzen zu fahren, um Zerschneidungen zu reduzieren. Es gab andere Varianten, die schlimmere Zerschneidungen zur Folge gehabt hätten.

Die Investoren werden sich mit 4 Mio. € an den Kreisstraßenbaumaßnahmen beteiligen, wenn diese bis 2023 verwirklicht seien. Die Gemeinde, die als Veranlasser, diese Maßnahmen durchführe und finanziere, stehe daher unter erheblichem zeitlichen Druck, den Straßenbau zeitig umzusetzen.

KRin Magdalena Föstl bedankt sich bei Herrn Gasteiger für die Darstellung der Zerschneidung der Flächen und plädiert, dass die EBE 4 bestehen bleiben solle.

KRin Dr. Renate Glaser erklärt, dass vorher, von dem neuen Zerschnitt, nicht die Rede war. Wenn es Varianten gebe, sei es wichtig diese zu prüfen.

Auf Nachfrage von KRin Franziska Hilger, wie lange die provisorische Verlegung der EBE 4 während der Bauphase dauern werde, erklärt Herr Witt, dass er das nicht genau sagen könne; es werde ein Zeitraum sein, der über eine kurzzeitige Sperrung hinausgehe.

Der Landrat beantwortet noch Verständnisfragen und stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

---

<sup>2</sup> Aus Datenschutzgründen kann die Präsentation nicht dem Protokoll beigefügt werden.

**Der ULV-Ausschuss fasst folgenden Beschluss:**

- 1. Die weiteren Planungen sollen auch eine Variante berücksichtigen, die die EBE 4 in der heutigen Linienführung beibehält.**
- 2. Dem ULV-Ausschuss wird über die weiteren Entwicklungen in spätestens einem Jahr berichtet.**



**einstimmig angenommen**

Ja 15  
Nein 0

**TOP 10      Online-Petition "Hände weg vom Landschaftsschutzgebiet Ebersberger Forst"**

2018/3260/1

Der Landrat führt kurz in den Sachverhalt ein und erklärt, dass ihm 7.000 Unterschriften von Landkreisbürgern zur Online-Petition „Hände weg vom Landschaftsschutzgebiet Ebersberger Forst“ übergeben worden seien.

Die Petition der Bürgerinitiative St2080 Schwaberwegen und Moos e.V. wurde um die Projektierung von Windkraftanlagen im Ebersberger Forst erweitert. Die vorliegende Petition wendet sich auch an die Gremien des Kreistages. Daher sei die Petition heute als Tagesordnungspunkt angesetzt, um darüber zu beraten.

Bei der Ortsumfahrung St2080 Schwaberwegen-Forstinning sei die Behörde nur als staatliches Landratsamt mit der unteren Naturschutzbehörde (uNB) betroffen.

Der Landrat begrüßt Frau Kerstin Mertens, Vorsitzende der Schutzgemeinschaft Ebersberger Forst und Herrn Karl Segerer von der Bürgergruppe Schwaberwegen. Herr Dr. Seebauer von der Bürgerinitiative St2080 e.V. konnte den heutigen Termin leider nicht wahrnehmen.

Der Landrat erteilt Frau Mertens das Wort. Sie erklärt, dass das Aktionsbündnis bestehend aus der Schutzgemeinschaft Ebersberger Forst, Landesbund für Vogelschutz LBV Ebersberg, die Bürgerinitiative St2080 - Schwaberwegen und Moos und dem Verein Landschaftsschutz Ebersberger Land eine Online-Petition gestartet habe, aus dem gemeinsamen Interesse heraus, den gesamten Ebersberger Forst zu erhalten. Sie haben über die Online-Petition 7.000 Stimmen aus dem Landkreis gesammelt. Die Initiative setze sich seit Jahrzehnten ein, um den Ebersberger Forst zu erhalten. In der Satzung stehe u.a., dass der Ebersberger Forst als größtes zusammenhängendes Waldgebiet in seiner Größe erhalten bleiben soll. Dies gebe es nicht mehr so häufig; er diene dem Klimaschutz und der Erholung. Sie appelliert, dem Flächenfraß entgegenzuwirken, indem große Flächen erhalten bleiben. Die Realisierung einer Baumaßnahme, ob Straße oder Windräder würde einen Präzedenzfall schaffen, der weiteren Begehrlichkeiten Tür und Tor öffnet und den Wald zerstört. Die Ortsumfahrung schaffe eine Abtrennung, was der Artenvielfalt schaden würde. Dass der Landkreis Windkraftträder bauen wolle sehe sie positiv, aber es solle dafür kein Wald zerstört werden, denn Wald ist Klimaschutz.

Der Landrat erteilt Karl M. Segerer von der Bürgergruppe Schwaberwegen das Wort.

Er erklärt, dass die Bürgergruppe Schwaberwegen ein formloser Verbund von Bürgern aus Schwaberwegen und Moos sei, die unter der Staatsstraße St2080 leiden. Seit den späten 70er Jahren setzen sie sich für eine ortsnahe Umfahrung ein, mit geringstmöglichen Schäden für den Forst. Die Variante der Trassenführung von den vier Eichen durch den Forst nach Anzing wurde auch mit dem Straßenbauamt besprochen.

Herr Segerer führt weiter aus, dass die nötige Ortsumfahrung von Niemanden bestritten werde. Als Gründe nennt er: die tatsächliche und prognostizierte Verkehrsbelastung, die nicht sanierbare Kreuzung in Schwaberwegen, der Verkehrslärm mit Schwerlastverkehr von derzeit 12.000 Fahrzeugen und prognostizierten 14.000 Fahrzeugen. Bei offenen Fenster könne man fast nicht schlafen oder Radio hören. Ein weiterer Grund sei die Sicherheit: Es gab bereits schwere Unfälle in Schwaberwegen und Moos, einer sogar mit Todesfolge.

In der Petition werden 30.000 m<sup>2</sup> genannt, die durch die Ortsumfahrung zerstört würden. Das Straßenbauamt komme auf 20.700 m<sup>2</sup>. Aus Sicht der Bürgergruppe Schwaberwegen werden auch keine wesentlichen Flächen vom Wald abgetrennt. Herr Segerer zeigt anhand eines Planes, wie durch den vorgesehenen Rückbau der alten Staatsstraße 2080 bis zum Ortseingang Schwaberwegen das abgetrennte Waldstück mit dem jetzt östlich der St 2080 bestehenden Wald verbunden wäre.

Unter Berücksichtigung der Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen sei der Ebersberger Forst ein Gewinner. Darüber hinaus werden 50.000 ha in Wald umgewandelt. Die Bürgergruppe Schwaberwegen sehe die geplante Ortsumgehung als einen guten Kompromiss für die Forsttinner Bürger und den berechtigten Interessen der Naturschützer andererseits.

Der Landrat schlägt vor, aufgrund der vorgerückten Stunde und um dem Thema gerecht zu werden, jetzt nur die Sachverhalte zur Kenntnis zu nehmen und in der nächsten ULV-Sitzung zu beraten und zu entscheiden. Bis dahin werde von der Verwaltung ein Beschlussvorschlag vorbereitet, worauf keine Gegenrede folgt.

KR Hagen Theurich wünscht sich für die nächste Sitzung, dass die heute vorgetragenen Sachverhalte in der nächsten Sitzung wiederholt werden.

Der Landrat erklärt, dass die Verwaltung in der Sitzung am 04.06. das Thema ausgestalten werde.

Frau Mertens meldet sich zu Wort und erklärt, dass alle Vereine dazu eingeladen werden sollen, dem der Landrat zustimmt, aber ohne Rederecht für alle.

Der Landrat schließt den Tagesordnungspunkt

**Der ULV-Ausschuss nimmt die Vorträge zur Kenntnis und bereitet einen Beschlussvorschlag für die nächste Sitzung am 04.06.2019 vor.**

TOP 11	Entsorgungszentrum Schafweide - Errichtung eines Carports mit PV-Anlage - Aufhebung des Sperrvermerkes
--------	--

2019/3385

16/636-1/C.I.

Der Landrat verweist auf den Sachverhalt der versandten Sitzungsvorlage und erkundigt sich, ob der Sachverhalt bekannt sei und darüber abgestimmt werden könne, dem das Gremium zustimmt.

Auswirkungen auf den Haushalt:

Erstmaliger Ansatz von 200.000.- € im Haushalt 2014.

Nachdem im Jahr 2015 die Mittel noch einmal angesetzt wurden, aber bis zu den Haushaltsberatungen 2016 noch keine Tätigkeiten erkennbar waren, wurde der Carport durch den

ULV-Ausschuss mit einem Sperrvermerk versehen. Dieser Sperrvermerk kann nur durch den ULV-Ausschuss aufgehoben werden.

Ansatz im Haushalt 2019 mit 150.000 und Sperrvermerk

Bei Rücknahme des Sperrvermerkes durch ULV wären somit die notwendigen Haushaltsmittel vorhanden. Die oben genannten Summen können sich bei der Feinplanung noch verändern. Der im Haushalt 2019 eingestellte Betrag wird voraussichtlich nicht ganz ausgeschöpft.

Der jährliche Stromverbrauch am Entsorgungszentrum liegt bei 50.000 kWh (Stand 2018), davon im Verwaltungsgebäude 26.500 kWh. Eine 30 kWp – PV-Anlage mit einer jährlichen Stromerzeugung von rund 28.800 kWh sollte den Jahresbedarf des Verwaltungsgebäudes an Strom decken können. Somit könnte eine jährliche Kostenersparnis von ca. 3.200 € erzielt werden. Dass bedeutet eine Amortisationsdauer von rund 11 Jahren.

**Der ULV-Ausschuss fasst folgenden Beschluss:**

- 1. Die Verwaltung wird beauftragt, die Errichtung eines Carports mit PV-Anlage und Ladestationen für E-Fahrzeuge umzusetzen.**
- 2. Der Sperrvermerk im Haushalt wird aufgehoben.**



**einstimmig angenommen**

Ja 11  
Nein 0

TOP 12	Bekanntgabe von Eilentscheidungen
--------	-----------------------------------

keine

TOP 13	Informationen und Bekanntgaben
--------	--------------------------------

TOP 13.1	Mitteilung über den Exkursionstermin
----------	--------------------------------------

Der Landrat teilt den Exkursionstermin am 06.06.2019 um 14:00 Uhr mit.

Die weiteren Informationen und Bekanntgaben werden als Anlage dem Protokoll beigegeben.

TOP 13.2	Bitte und Anfrage der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 08.02.2019 zum Thema "Tiertransporte in außereuropäische Drittstaaten in Asien, im Nahen Osten und Nordafrika"
----------	--

Die Bitte und Anfrage der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 08.02.2019 ist als Anlage 7 dem Protokoll beigelegt, sowie das Antwortschreiben des Landrats vom 15.02.2019 als Anlage 8.

TOP 13.3 Info zur Anfrage von KRin Bianka Poschenrieder zu 'Entsorgungswege von Leichtverpackungen (LVP)'

**„Entsorgungswege von Leichtverpackungen (LVP)“**

gemäß Anfrage von Kreisrätin Bianka Poschenrieder, im Februar 2019

Im Landkreis Ebersberg (ohne Vaterstetten) wurden im Jahr 2018 insgesamt 3.626 to Leichtverpackungen, davon 9 to Styropor gesammelt und der Verwertung bzw. Beseitigung zugeführt.

Bis einschließlich 2018 war die DSD GmbH für den Landkreis Ebersberg Ansprechpartner für LVP-Entsorgung, seit 1.1.2019 ist es die Firma Reclay Systems GmbH. Der für die Dualen Unternehmen gemäß deren Ausschreibung operativ tätige Entsorgungsunternehmen war und ist auch bis auf weiteres Firma Remondis Süd GmbH München.

Die im Landkreis Ebersberg über den Gelben Sack oder die Containerinseln sowie Wertstoffhöfe eingesammelten LVP-Mengen werden am Betriebsort von Firma Ammer Entsorgungs-GmbH & Co. KG in Zorneding/ Pöring umgeschlagen.

Von dort werden die Wertstoffe prozentual entsprechend den Marktanteilen der derzeit 9 aktiven Dualen Systeme (u.a. Grüner Punkt-DSD GmbH, BellandVision GmbH, Interseroh, Reclay Systems GmbH usw.) den **Sortieranlagen GEO** Gesellschaft für Entsorgung in Oberbayern mbH beim Flughafen Erding (Betreiber ist Fa. Heinz Moosburg) und der **Firma Wurzer Wertstoff GmbH** in Eitting (Lkr. Erding) zugeführt. Die Sortieranlage GEO wird von 6 Systemen beliefert, Fa. Wurzer Wertstoff GmbH von 3 Systemen.

In den Sortieranlagen werden die Verpackungswertstoffe in rund 11 (GEO) bzw. 13 (Wurzer) Fraktionen getrennt (Folien, Hohlkörper > 5 l, Polypropylen, Polyethylen, Polystyrol, PET Gemisch etc.) und entweder der **werkstofflichen Verwertung (rd. 59 %)** oder **energetischen Verwertung (rd. 39 %)** bzw. **Beseitigung (< 2 %)** zugeführt.

In der Sortieranlage GEO von Firma Heinz wurden 2018 rund 49 % (1.765,48 to) der Leichtverpackungen aus dem Landkreis Ebersberg (incl. Vaterstetten) behandelt.

Sortieranlage GEO am Flughafen		Produktionsmenge	Aufteilung in %	
Sortiermenge LVP in to				
<b>LVP sortiert</b>	<b>1.765,48</b>			
Weißblech		177,61	10,06%	stoffliche Verwertung
Aluminium		47,31	2,68%	stoffliche Verwertung
Getränkeverbunde		107,87	6,11%	stoffliche Verwertung
PPK aus LVP		22,07	1,25%	stoffliche Verwertung
Folien		156,77	8,88%	stoffliche Verwertung
PET-Flaschen		26,31	1,49%	stoffliche Verwertung
MPO (PP und PE Kunststoff)		315,14	17,85%	stoffliche Verwertung
Mischkunststoff weich		104,34	5,91%	stoffliche Verwertung
Formstabile Kunststoffe		85,80	4,86%	stoffliche Verwertung
Ersatzbrennstoffe (EBS)		642,99	36,42%	energetische Verwertung
Sortierreste		46,43	2,63%	energetische Verwertung
<b>Gesamt:</b>	<b>1.765,48</b>	<b>1.732,64</b>	<b>98,14%</b>	

	Differenz	32,84		1,86%	Abfall zur Beseitigung und z.B. Feuchtig- keitsverlust
--	-----------	-------	--	-------	--

Eine **Besichtigung der Sortieranlagen GEO** oder ggf. auch Wurzer (eher ungern wg. Unfallgefahren bei laufendem Betrieb) **ist möglich**.

Mit Firma Reclay Systems GmbH besteht erster Kontakt hinsichtlich den bevorstehenden Verhandlungen für eine neu abzustimmende Vereinbarung zwischen dem Landkreis und den Dualen Systemen. Dabei werden insbesondere die kommunalen Kosten für die Erfassung von LVP, Glas und PPK, aber auch die Frage der verschiedenen Erfassungssysteme, der Abholturnus bis hin zur Sackqualität und den Entsorgerleistungen Gegenstand der Verhandlungen sein.

#### TOP 13.4 Dezentrale Kompostierung - Wissenschaftliche Begleitung; Sachstand und Ablauf

Die Stufe I der wissenschaftlichen Begleitung zur dezentralen Kompostierung wurde im Dezember 2018 abgeschlossen. Im ULV Ausschuss am 26.09.2018 wurde angeregt, weitere Angebote einzuholen. Dies haben wir umgesetzt. Zu den Gasanalysen ging ein weiteres Angebot ein.

Die „Wissenschaftliche Begleitung der Dezentralen Kompostierung haben wir wie folgt vergeben:

- Herr Dr. Helm – 09.01.2019  
Umsetzung und wissenschaftliche Begleitung der dezentralen Kompostierung. Stufe II
- Fa. Müller BBM – 05.12.2018  
Emissionsmessungen
- Hochschule Weihenstephan- Triesdorf – 05.12.2018  
Bodenanalysen auf Kunststoffe

Der Kick off Termin fand am 28.01.2019 am Komposthof Großmann in Hergolding statt.

Herr Großmann stimmte zu, dass alle Untersuchungen auf seiner Kompostieranlage erfolgen werden.

Am 10. Mai 2019 wird eine Kompostmiete zur Rotte aufgesetzt und 10 Wochen begleitet.

Die Mischung aus Bioabfällen der Komposttonne und zerkleinerten Gartenabfällen wird dokumentiert. Bis zum 20. Juli 2019 werden dann 10. Gasmessungen stattfinden. Im Laufe der Kompostierung muss das gesamte Material dieser Miete 4-5 mal auf einen landwirtschaftlichen Anhänger geladen und gewogen werden. Zusätzlich wird die Kompostmiete 2-3 mal pro Woche umgesetzt (gewendet). Als Versuchsende wurde der 20. Juli 2019 vereinbart.

Die Bodenanalysen auf Kunststoffe werden voraussichtlich im Mai/Juni 2019 stattfinden.

Eine aktive Belüftung der Kompostmiete erfolgt derzeit nicht.



Die Untersuchungsergebnisse sollen dem ULV – Ausschuss in der Sitzung am 26.09.2019 vorgelegt werden.

Die Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung sind als Anlage 9 und der Mess- und Probenahmeplan für den Emissionsversuch als Anlage 10 dem Protokoll beigelegt.

TOP 13.5	Stand der noch offenen Abnahmen Deponie Schafweide durch ROB gemäß vorliegenden Bescheiden
----------	--

Die Regierung von Oberbayern (ROB) hatte am 04.05.2017 im Zuge der IED-Überwachung der Deponie „An der Schafweide“ ein Gespräch über die noch offenen Abnahmen geführt. An diesem Termin waren auch das LfU und das WWA-RO beteiligt.

Seit diesem Gespräch hat die ROB ihre Unterlagen für die noch offenen Abnahmen mit dem Landesamt für Umwelt (LfU) abgestimmt.

In die Abnahmen sind, wenn im Bescheid gefordert, auch das WWA, die fachkundige Stelle Wasserwirtschaft, das Gewerbeaufsichtsamt und die Kreisbrandinspektion eingebunden.

**Seit Oktober 2018 sind folgende Abnahmen abschließend erfolgt:**

- Nachrüstung Basisabdichtung + Zwischenabdichtung Strang 10 gemäß Bescheid ROB vom 29.06.2005
- Abnahme der Vorbehandlungsanlage für das Sickerwasser auf dem Gelände der Deponie „An der Schafweide“ gemäß dem Bescheid der ROB vom 07.02.2000

**Aktuell sind folgende Abnahmen in Arbeit:**

- Abnahme zur Sanierung der Sickerwasseraustrittsstellen an der Ostseite der Deponie im Bereich der Gasregelstation C gemäß Bescheid ROB vom 03.09.2003.
- Hier liegt seit dem 30.01.2019 ein Entwurf vor, wo die noch offenen Fragen formuliert sind.

TOP 14	Bekanntgabe aus nichtöffentlicher Sitzung
--------	---

keine

TOP 15	Anfrage KR Alexander Müller zum Sachstand des Gehsteiges an der EBE 15 im Stadtteil Antholling/Gemeinde Baiern
--------	--

KR Alexander Müller erkundigt sich zum aktuellen Sachstand bezüglich der Streitigkeit, bei der ein Eigentümer einen Teil seines Hauses auf den Gehsteig an der EBE 15 im Stadtteil Antholling/Gemeinde Baiern gebaut habe. Angeblich soll die Entscheidung (bis zu) fünf Monate dauern.

Frau Keller teilt mit, dass der Gehweg bereits wieder eine Breite von 80 cm habe und damit mit Kinderwagen wieder benutzbar sei.

Ende der Niederschrift der öffentlichen Sitzung.